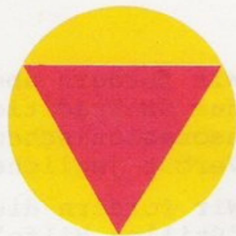
DER BREMER ANTIFASCHIST



Mitteilungen der VVN/Bund der Antifaschisten in Bremen

Unser Rundbrief

Nr. 1, 7/81

Dies ist das neue "Kleid" unseres Rundbriefes.

Von der schon lange gewünschten Änderung, zur Idee, des "Aussehens" und der endgültigen Gestaltung war kein kurzer Weg. Ja selbst als schon die Form feststand, gab es noch eine Panne.

Nachdem nun alle Hindernisse genommen sind, Ihr den ersten Rundbrief in den Händen haltet, wird es nun zügig weitergehen. Vor allem wollen wir einmal im Monat erscheinen. Und der Rundbrief soll wie bisher wichtige Mitteilungen bringen, aber auch mehr vom Leben unserer Organisation. Vor allem aber erwarten wir die Mitarbeit unserer Kameradinnen und Kameraden. Vorschläge, Anregungen werden immer willkommen sein.

Und noch eins:
Alle Materialien, die wir in Zukunft herausgeben, werden mit der obigen Aufmachung

"Der Bremer Antifaschist"

erscheinen. Auf denn!!!

MAJDANEK

Die Urteile im Majdanek-Prozeß haben eine Welle der Empörung ausgelöst. Urteile gegen 9 Angeklagte. Gegen 9? Wieso??

Als der Prozeß vor 5 Jahren und 8 Monaten begann waren es doch 42! Zweiundvierzig SS-Schergen, die bedingungslos die Mordbefehle ausgeführt haben.

Wo sind die 33 geblieben, die im November 1975 auf der Anklagebank saßen? Sie wurden freigesprochen, freigesprochen schon vor dem Ende des Prozesses.

Freigesprochen wurde auch am 30.6. der SS-Unterscharführer Groffmann, der an der Massenmordaktion mit dem Namen "Erntefest" beteiligt war. Diese Mörder sind schon unter uns!

Wie lange wird es dauern, bis der Obersturmführer Strippel wieder unter uns ist? 3 1/2 Jahre hatte der Richter verhängt. Es ist derselbe Strippel, der, als in Majdanek nicht mehr gemordet werden konnte, in Hamburg am Mord von 20 Kindern und dem Pflegepersonal beteiligt war.

Der Kindermord am Bullenhauser Damm erregt seit langem die Öffentlichkeit. Zu Recht! In Majdanek wurden aber Kinder zu Hunderten ermordet. Und dort war auch Strippel!

Von 3 Jahren bis 12 Jahre lauten die weiteren 6 Urteile wegen Beihilfe zum Mord. Von 5 Mal beantragten lebenslänglichen Strafen für erwiesenen Mord erkannte das Gericht nur 1 Mal auf lebenslänglich.
Nun, die Staatsanwaltschaft hat Revision der Urteile beantragt.

Nun muß schnell gehandelt werden. Die Völker in Ost und West haben kein Verständnis für die Praxis der Justiz in der BRD.

Die angeklagten SS-Schergen wußten vom ersten Tag ihrer "Arbeit" in Majdanek an, daß es darum ging, so viel Juden, Polen und Russen wie möglich zu vernichten. Die Angeklagten waren geschulte SS-Mitglieder und keine einfachen Mitglieder.

Es muß endlich Schluß damit sein, daß in der BRD fortgesetzt gegen den antifaschistischen Auftrag des G. G. und gegen das Völkerrecht verstoßen wird.

Wir fordern die Anwendung der vollen Härte des Gesetzes gegen faschistische Mörder.

Wir fordern aber auch die Auflösung der SS-Traditionsverbände und aller neonazistischen Gruppen, sowie das Verbot jeglicher Nazipropaganda.

Wir fordern die Auflösung der "Stillen Hilfe" und die Einziehung des Vermögens, sowie die Bestrafung des Verantwortlichen für die Auszeichnung der Josefine Jürgens - des "Engels" der SS-Schergen.

Dem heutigen "Antifaschist" liegt die Ankündigung für unsere alljährliche Sommer-Ausfahrt bei. Die Ausfahrt findet auf Wunsch unserer jungen Kameradinnen und Kameraden nach den großen Sommerferien statt. War schon in der Vergangenheit die Teilnahme der "jüngeren Generation" gut, so hoffen wir auf eine noch größere Teilnahme. Besonders die im "Wettbewerb" Eingetretenen sind herzlich willkommen. Bringt Eure Kinder und Ideen mit.

Hallo Urlauber:

Wer später in Urlaub geht, meldet sich sofort an, wer im Urlaub ist, meldet sich bei der Rückkehr sofort an.

ANTIFASCHISMUS

und der Krefelder Appell

Hinweise zum Quellenstudium

Der antifaschistische Kampf ist von allem Anfang an Kampf für die Erhaltung des Friedens. Nach dem gescheiterten Kapp-Putsch begann die Reaktion, sich neu zu organisieren. Die im Lande herumvagabundierenden Freischärler schlossen sich als Sturm-Abteilung (SA) der Nazipartei an. Und der Stahlkönig Thyssen finanzierte Hitler, um Deutschland vor dem Bolschewismus (lies vor der Entwicklung der Demokratie und der Rechte der Arbeiterbewegung) zu "bewahren". Denn nach Auffassung des deutschen Industrie- und Finanzkapitals war der Krieg 1918 durch die Revolution verloren gegangen (Dolchstoßlegende). Für die Revanche brauchte man einen Staat, in dem die Arbeiterbewegung zerschlagen und es keine demokratischen Rechte gab. Schon im Sommer 1923 ruft die KPD Ernst Thälmanns und der KJVD zu Demonstrationen gegen den drohenden Faschismus und dessen Revanchekrieg auf. Der Hitler-Putsch am 9. November 1923 scheiterte, aber das Ziel, Krieg gegen die deutsche Arbeiterbewegung, Revanchekrieg gegen die kapitalistischen Konkurrenten, Krieg gegen die Sowjet-Union, dem ersten sozialistischen Land, blieb.

Darum finanzierten immer mehr Herren der Industrie, der Banken und die Junker die Hitlerpartei und forderten 1932 von Hindenburg die Berufung Hitlers zum Reichskanzler.

Daß der Faschismus Krieg bedeutet, war in der Arbeiterbewegung klar. Die SPD hatte die Losung "Wer Hitler wählt, wählt den Krieg". Und die KPD hatte die Losung "Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler und wer Hitler wählt, wählt den Krieg".

Hier nun einige Hinweise auf antifaschistische Dokumente im Kampf um die Erhaltung des Friedens. Als sozialistischer Staat ergreift die UdSSR die Initiative und

schlägt Ende 1933 vor,

zur Abwehr der faschistischen Aggression ein System kollektiver Sicherheit zu schaffen, dem alle betroffenen Staaten einschließlich Deutschland angehören sollen. Frankreich unterstützt den Gedanken. So kommt es 1935 zu Beistandsverträgen Frankreich-UdSSR, Tschechoslowakei-UdSSR. Diese Verträge hätten die Grundlage für ein kollektives Sicherheitssystem sein können.

Der "Anschluß" Österreichs an das Reich (12./13.3.1938), die Besetzung des Sudetenlandes (1.10.1938), die Führeranweisung zur "Erledigung der Rest-Tschechei (21.10.1938), diese Aggressionsakte führen im Jahre 1939 zu Pakt-Verhandlungen zwischen UdSSR, Frankreich und England.

Es kam aber zu keinen gemeinsamen Maßnahmen gegen den faschistischen Aggressor. Die Militärdelegationen Englands und Frankreichs hatten keine Vollmacht für bindende Abschlüsse, so daß es wieder nicht zu einem kollektiven Sicherheitssystem kam.

Die Folgen sind bekannt.

Die einzelnen Fraktionen des antifaschistischen Widerstandes dokumentieren alle den Kampf um den Frieden- hier nur Hinweise:

"...Wiederabrüstung, Entwaffnung und Auflösung der SA und SS-Formationen" (Prager Manifest der SPD Kapitel VI "Abrüstung und Kriegsgefahr", Januar 1934)

"Deutschland braucht Frieden und Zusammenarbeit mit den anderen Völkern, braucht vor allem eine Verständigung mit der Sowjet-Union" (Resolution der Brüsseler-Konferenz der KPD, Abschn. 5 b, Oktober 1935)

"Das neue Deutschland braucht den Frieden zur Befestigung seiner jungen Freiheit und für seinen sozialen und wirtschaftlichen Aufbau." (Aufruf zur Bildung der deutschen Volksfront, Dezember 1936)

"Das deutsche Volk will keine Eroberung fremder Gebiete. Es will den Frieden durch Völkerverständigung, durch Kollektive Sicherheitsverträge." (Botschaft an das deutsche Volk vom Ausschuß zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront. April 1937)

Und die Geschwister Scholl schreiben in ihrem Aufruf im Januar 1943: "Glaubt nicht der nationalsozialistischen Propaganda, die Euch den Bolschewistenschreck in die Glieder gejagt hat! ... Nur in großzügiger Zusammenarbeit der europäischen Völker kann der Boden geschaffen werden, auf welchem ein neuer Aufbau möglich sein wird."

In den 1943 formulierten Grundsätzen des Kreisauer Kreises heißt es: "Der Friede erfordert die Schaffung einer die einzelnen Staaten umfassenden Ordnung."

Die Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien fordert in den "Richtlinien für die internationale Politik" ein "wahrhaft internationales Sicherheitssystem. ... Ein solches System der Kollektiven Sicherheit wird auch den Frieden und die Sicherheit eines demokratischen Deutschland gewährleisten."

Das Nationalkomitee Freies Deutschland veröffentlicht im März 1944

"25 Artikel zur Beendigung des Krieges".

Im Artikel 24 heißt es: "Wehe dem Deutschen, der immer noch nicht begreift, daß die Gemeinschaft der friedlichen Völker der mächtigste Organismus auf Erden ist."

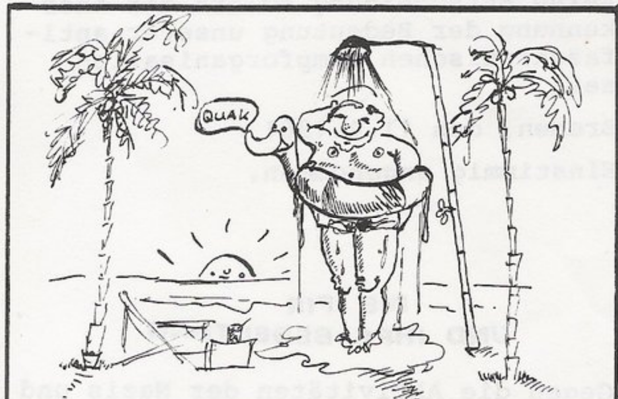
Die Forderungen des antifaschistischen Widerstandes werden in die Dokumente der Anti-Hitler-Koalition aufgenommen: In die Atlante-Charta der USA und Großbritannien vom 14.8.1941, in die Deklaration von Teheran (28.11.-1.12.1943) und die Krimkonferenz im Februar 1945 verkündet, daß noch 1945 eine "allgemeine internationale Organisation zur Aufrechterhaltung des Friedens und der Sicherheit" geschaffen werden soll. Dies wurde die Vereinten Nationen,

die UNO, mit dem Ziel:

"...den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren und zu diesem Zweck wirksame Kollektivmaßnahmen zu treffen."

Diesen Zielen ist die VVN/Bund der Antifaschisten mit den Bruderorganisationen in der FIR treu geblieben. Unbeirrt stehen wir auch jetzt in der Friedensbewegung gegen die Stationierung neuer US-Atomwaffen auf dem Boden der BRD.

Antifaschistischer Kampf war und ist Kampf um die Erhaltung des Friedens!



Allen Kameradinnen und Kameraden und Freunden, den Daheimgebliebenen wie Verreisenden wünschen wir frohe Urlaubstage.

BEITRÄGE ermöglichen die politische Arbeit,

BEITRÄGE finanzieren den Rundbrief.

Die Kameradinnen und Kameraden die BEITRÄGE im Büro entrichten, zahlen bitte ohne Mahnung oder per Dauerauftrag oder kommen z.B. am

Dienstag, 22. Sept. oder

Donnerstag, 24. Sept.

wenn die HAUSKASSIERER das III. Quartal abrechnen.

FINANZIELLE STÄRKUNG
der VVN/Bund der Antifaschisten

Die Delegierten der Konferenz der VVN/Bund der Antifaschisten Bremen e.V. stimmen dem Beschluß des Präsidiums zu, eine neue Beitragsstufe

in Höhe von DM 15,-

sowie für die Aufnahmegebühr eine Marke zu DM 2,- einzuführen.

Folgende Beitragsstufen sind jetzt gültig:

DM 3,-; DM 5,-; DM 7,-;
DM 10,- und DM 15,-
FIR-Beitrag DM 1,-

Zu Bundeskongressen und Bundesfunktionärs-Konferenzen werden Sondermarken herausgegeben.
Die Höhe beschließt das Präsidium.

Die Mitgliedschaft in der VVN/Bund der Antifaschisten ist eine freiwillige Entscheidung.
Die Höhe des Beitrages bestimmt das Mitglied selbst. Richtlinie für seine Entscheidung sollte die Anerkennung der Bedeutung unserer antifaschistischen Kampforganisation sein.

Bremen, den 11.4.1981

Einstimmig angenommen.

DIE FIR UND IHRE BEDEUTUNG

Gegen die Aktivitäten der Nazis und Neonazis in den Nato-Ländern und den USA hat die FIR bedeutende Erfolge erzielt. Nach den Demonstrationen in Köln und Straßburg, an denen Teilnehmer aus allen Ländern Europas und Israel teilnahmen, mußte der Bundestag der BRD den Beschluß aufheben, daß ab 31.12.1979 Mordtaten der Nazis nicht mehr bestraft werden können.

Ein internationales Symposium im Oktober 1980 zu Fragen des Faschismus in der BRD und anderen Nato-Ländern, hat zur stärkeren Beachtung der Haß- und Hetzpropaganda der Alt- und Neonazis geführt.

Die FIR ist federführend in der Zusammenarbeit mit den Weltorganisationen, in denen auch der Reichsbund, der VDK, der Heimkehrerverband u.a. angeschlossen sind.
Seit 1971 beziehen diese Organisationen zu allen bedeutenden Ereignissen der Entspannung und der Krisen eine eindeutige Stellung für Frieden, Abrüstung und Entspannung.

Die VVN/Bund der Antifaschisten leistet als Mitglied der FIR eine wichtige und verantwortungsvolle Arbeit. Es liegt daher im Interesse einer intensiven und erfolgreichen antifaschistischen Arbeit, die FIR politisch und finanziell zu stärken.

Der regelmäßige Kauf der FIR-Marke zu DM 1,- ist ein Pflichtbeitrag.

Darüberhinaus unterstützen wir die FIR durch den Kauf der FIR-Solidaritätsmarke zu DM 2,-. Der Erlös wird an die FIR restlos abgeführt.

WICHTIGE TERMINE

Samstag, 29. August

Bremen Infotisch zum Antikriegstag. Nachmittags sind Kundgebungen an Raketen-Standorten, Bunkern u.u. Abends: Friedensfest unterhalb der Weser-Terrassen.

Dienstag, 1. September

DGB Jugend-Demonstration

Sonntag, 13. September

10.00 Uhr Gedenkfeier auf dem Osterholzer Friedhof mit den "Zeitgenossen".

Ab Montag, 14. September

4 Bildungsabende Winter-Reihe "Antifaschismus im Gespräch" in jedem Kreis und 2 W.E.-Seminare in Seppensen, am 14./15. Nov. 1981 sowie am 13./14. Feb. 1982.

Freitag, 30. Januar

Zum Jahrestag: Hindenburg beruft Hitler zum Reichskanzler. Veranstaltung im Konsul-Hackfeld-Haus mit dem Ernst-Busch-Chor: Politische Revue der Nachkriegszeit.

Herausgeber: VVN/Bund der Antifaschisten, Buchtstr. 12, 2800 Bremen 1